



# -Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

## Gedenken an den 8. Mai 1945

Bundestag würdigt den 70. Jahrestag des Kriegsendes und der Befreiung

**Am 8. Mai 1945 ging der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende. Der 8. Mai, der Tag der bedingungslosen Kapitulation der nationalsozialistischen Diktatur, war für Deutschland Niederlage und Befreiung zugleich, die „Stunde Null“ in seiner Geschichte. Am Freitag gedachte der Bundestag mit einer ökumenischen Andacht und einer Gedenkstunde der Ereignisse vor 70 Jahren.**

Das Ende des Zweiten Weltkrieges erlebten die Menschen in Deutschland mit gemischten Gefühlen. So empfanden sie Erleichterung, dass dieser furchtbare Bombenkrieg mit all den Zerstörungen, die er hinterließ, endlich zu Ende war. Doch die bedingungslose Kapitulation bedeutete für viele – etwa die Soldaten in Gefangenschaft, die Flüchtlinge und Vertriebenen – ein hartes Schicksal. Und für die Millionen Deutschen, die in der sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR lebten, brachte das Kriegsende neue Unfreiheit und neue Unterdrückung mit sich, der sich viele durch Flucht in den Westen entzogen. Erst seit 1990 lebt das ganze deutsche Volk in Freiheit und Demokratie.

In der Bundesrepublik beschäftigte man sich zunächst nur mit den Ursachen des Zweiten Weltkriegs und den Verantwortlichen für die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933. Der Massenmord an den europäischen Juden erlangte erst in den 1960er Jahren öffentliche Aufmerksamkeit. Nun wurde auch nach den Mitläufern und Mitwissern gefragt. Mit der Ausstrahlung der amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ Ende 1979 brannten sich die Bilder der nationalsozialistischen Verbrechen in das Gedächtnis der Menschen ein.

Am 8. Mai 1985, 40 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, sprach sich der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker für eine Neubewertung der historischen Ereignisse aus: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung“, sagte er im Bundestag. „Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“ Von Weizsäcker sprach nicht von der „Stunde Null“, sondern von der Chance zu einem Neubeginn, den die Deutschen genutzt hätten, so gut sie konnten: „An die Stelle der Unfreiheit haben wir die demokratische Freiheit gesetzt.“ Gleichzeitig erinnerte er an das Leid, das für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begann. Heute – 30 Jahre später – ist gerade für die jüngere Generation kaum noch nachvollziehbar, dass die Worte des Bundespräsidenten damals auch innerhalb der CDU nicht auf ungeteilte Zustimmung trafen.

Die Gedenkrede hielt in diesem Jahr der Berliner Geschichtswissenschaftler Heinrich August Winkler. Der 76-jährige gebürtige Ostpreuße lehrte bis 2007 Neuere und Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Unter langem Beifall der Abgeordneten forderte er, dass nie wieder Berlin und Moskau über die Köpfe Polens und der baltischen Staaten hinweg Entscheidungen treffen dürfen, wie es Hitler und Stalin taten. Er wandte sich damit klar gegen jene, die erneut einer Abwendung von der westlichen Wertegemeinschaft das Wort reden. Vielmehr hätte Deutschland eine ganz besondere Verantwortung für die jungen Demokratien Ost- und Mitteleuropas, denn deren Unterdrückung durch das Sowjetsystem war eben auch eine Folge des von Deutschland begonnenen Krieges. ■

## Vorwürfe gegen de Maizière haltlos

Die Vorwürfe gegen Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Zusammenhang mit der Kooperation von BND und NSA haben sich als unbegründet herausgestellt. Nach einer Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums erklärten Abgeordnete der Union, die Vorwürfe gegen den Minister seien komplett entkräftet worden. Auch die Mutmaßung, der amerikanische NSA hätte mit Hilfe des BND in Europa Wirtschaftsspionage betrieben, hätten sich „in Luft aufgelöst“. Auch in einer aktuellen Stunde des Bundestages ging es darum zu klären, ob der BND die NSA rechtswidrig unterstützt hat. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Thomas Strobl verwies in der Debatte darauf, dass die enge Zusammenarbeit mit den USA ihre Berechtigung habe. Er erinnerte an die sog. „Sauerlandgruppe“, einer radikal-islamischen Terrorgruppe. Deren Anschlagpläne konnten auch aufgrund eines Hinweises der NSA verhindert werden. Redner der Union warnten daher in der Debatte, die Nachrichtendienste durch unbelegte Behauptungen und bloße Spekulationen in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. ■

## Nein zum Klonfleisch

Die Koalitionsfraktionen haben heute gemeinsam mit den Grünen einen Antrag beschlossen, der sich für ein dauerhaftes Verbot des Klonens von Tieren zur Nahrungsmittelproduktion ausspricht. Das Klonen von Tieren zum Zweck der Lebensmittelproduktion lehnt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion strikt ab - aus ethischen Gründen und aus Gründen des Tierwohls, denn Klonen bedeutet für die meisten Tiere Qual und Leid. Aber auch aus Gründen des Verbraucherschutzes: Die Menschen wollen kein geklontes Steak auf ihrem Teller haben. Das von der EU-Kommission vorgeschlagene Verbot des Klonens von Tieren zu Nahrungsmittelzwecken ist deshalb das richtige Signal. ■

## „Kalte Progression“ wird abgebaut – Bund nutzt finanzielle Spielräume

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen beim Bundesministerium der Finanzen hat gestern die Ergebnisse der Steuerschätzung 2015-2019 bekannt gegeben. Danach wird der Bund deutlich mehr Steuern einnehmen als erwartet. Für die Unionsfraktion bleibt trotz dieser höchst erfreulichen Nachricht die Haushaltskonsolidierung oberste Priorität. Darüber hinausgehende Spielräume wollen wir aber für Investitionen und gezielte Entlastungen nutzen.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble kündigte bereits gestern an, ab 2016 durch eine Anpassung der Steuertarife an die Inflation die sog. „kalte Progression“ abzubauen. Damit würden Lohn- und Gehaltserhöhungen der Arbeitnehmer nicht inflationsbedingt durch steigende Steuersätze „aufgefressen“ werden. Allerdings müssen die Länder diesem Vorhaben im Bundesrat zustimmen.

Schäuble hat zudem angekündigt, einen Großteil der geplanten Erhöhung des steuerlichen Entlastungsbetrages für Alleinerziehende von 1308 Euro auf 1908 Euro aus dem allgemeinen Bundeshaushalt zu tragen. Von den Gesamtkosten in Höhe von 100 Mio. Euro muss das Bundesfamilienministerium nur 25 Mio. Euro aus dem eigenen Etat aufbringen. Neben einer Erhöhung des Kindergeldes, des Kinderzuschlages und der Erhöhung der steuerlichen Kinderfreibeträge kann nun auch der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende um rund 50 Prozent erhöht werden. ■

## 50 Jahre Diplomatische Beziehungen zu Israel

Für die deutsch-israelischen Beziehungen ist das Jahr 2015 von ganz besonderer Bedeutung. Nur 20 Jahre nach dem Ende des Krieges und der nationalsozialistischen Herrschaft, die über 6 Millionen europäischen Juden den Tod brachte, nahm der neu gegründete Staat Israel diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik auf. Es war ein sehr anstrengender Weg, den beide Staaten in ihrer Annäherung zurücklegen mussten. Das traumatisierte jüdische Volk war noch tief von der Unmenschlichkeit der Deutschen geprägt. Wie sehr sich die Dinge verändert haben zeigt, dass der erste deutsche Botschafter in Israel noch mit Tomatenwürfen „begrüßt“ wurde, während die Wagenkolonne von Angela Merkel bei ihrer letzten Israel-Reise beklatscht wurde. Dazu beigetragen hat sicher ihre Rede vor dem israelischen Parlament im Jahr 2008, als sie das Existenzrecht Israels als „Teil der Staatsraison“ Deutschlands bezeichnete.

Für viele Israelis hat Deutschland inzwischen seinen Schrecken verloren. Gerade junge Menschen besuchen gerne unser Land und speziell Berlin. Trotzdem dürfen wir aber das besondere Verhältnis zwischen Deutschland und Israel nicht als gegeben betrachten. Daher müssen wir uns antisemitischen Tendenzen entschlossen entgegenstellen. Wir Deutsche kennen unsere Verantwortung und werden auch in unserem künftigen Handeln immer von diesem Bewusstsein geleitet sein. Für uns ist das Existenzrecht Israels unverhandelbar. ■